

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849**

18.4.1849 (No. 91)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 13. April.

N. 91.

1849.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einkaufsgebühr: die gestaltene Beitzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, 16. April.

Seine königliche Hoheit der Großherzog geruhen heute um 3 Uhr aus den Händen des in außerordentlicher Mission dahier eingetroffenen königlich niederländischen Oberlieutenants im Generalstab Baron Forsiner van Dambenoy die Notifikationschreiben über das Ableben Seiner Majestät des Königs Wilhelm II. der Niederlande und über die Thronbesteigung Seiner Majestät des Königs Wilhelm III. in feierlicher Audienz entgegenzunehmen.  
Nachdem hierauf der Herr Gesandte und der denselben begleitende königlich niederländische Ministerresident am Großherzoglichen Hofe, Ritter Travers, auch von Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin empfangen worden waren, hatten beide die Ehre, zur Großherzoglichen Tafel geladen zu werden.

## Deutsche Reichsmarine.

(Aus dem amtlichen Theile der Oberpostamts-Zeitung.)

Der Erzherzog-Reichsverweser hat unterm 5. d. M. ernannt:

I. Zum Kapitän zur See und ad interim Seezeugmeister für die Nordsee-Küste:  
Karl Rudolph Brommy, bisherigen Fregattenkapitän in königl. griechischen Diensten.

II. Zum Korvettenkapitän:  
Hammel Ingold Strutt, ad interim Befehlshaber des Fregattschiffs „Deutschland“.

III. Zu Leutnants 1. Klasse:

- 1) Thomas King, ad interim Befehlshaber der Kriegsdampfschiffe „Bremen“.
- 2) William George Jackson, bisher Offizier in der britischen Flotte.
- 3) Theodor J. Reichert, bisherigen interimistischen Befehlshaber der Kriegsdampfschiffe „Hamburg“.
- 4) Thomas William Thatcher, bisherigen interimistischen Befehlshaber der Kriegsdampfschiffe „Lübeck“.
- 5) Edmund Pougin.

Die letzten drei unter Vorbehalt der Bestimmung ihrer Anciennität.

IV. Zu Leutnants 2. Klasse:

- 1) William King.
- 2) Felix Hippolyt Smits.

V. Zu Hilfsoffizieren:

- 1) Johann Holf.
- 2) Wilhelm Theodor Dreyer.
- 3) C. C. Clodius.

VI. Zu Schiffsführern:

- 1) Friedrich Wilhelm Adolph Nolting.
- 2) Friedrich Julius Rudolph Vosselmann.
- 3) Franz Kinderling.
- 4) Georg Friedrich Böttner.
- 5) Hermann Renjes.
- 6) Anton Wilhelm Peter v. Heemskerck.
- 7) Adolph Schädl.
- 8) Johann August Wilhelm Ubbelohde.

VII. Zum Premierleutnant im Marinierkorps:  
Ludwig Weber.

VIII. Zum Sekondleutnant im Marinierkorps:  
Ernst R. Freudenthal.

IX. Zum Zahlmeister 1. Klasse:

Ernst Rudolph, bisher k. preussischen Intendantursekretär.

X. Zum Zahlmeister 2. Klasse:

Karl Döring.

XI. Zu Unterzahlmeistern:

- 1) Johann Hermann Danger Merrens.
- 2) Friedrich Viktor Emanuel Westlein.
- 3) Georg Neuter.

Frankfurt a. M., den 13. April 1849.  
Reichsministerium des Handels; Abtheilung für die Marine.  
Der interimistische Minister Ludwig.

## Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 16. April. Die Sitzung beginnt mit neuen Austrittserklärungen. Vizepräsident Eisenstuck verliest eine von 16 österreichischen Abgeordneten eingereichte Protestation, in welcher sie die Gründe auseinandersetzen, warum sie jetzt nicht mehr in der Nationalversammlung sitzen zu können glauben. (Tiefer Eindruck.)

Einen entgegengesetzten, ermutigenden Eindruck macht ein sofort verlesenes Schreiben des Präsidenten der württembergischen Abgeordnetenkammer, welcher die Erklärung derselben mittheilt, daß nur die Reichsversammlung als verfassunggebendes Organ anzuerkennen und die von ihr gegebene Verfassung unbedingt anzunehmen sey.

Reden aus Berlin richtet eine Zwischenfrage an das Reichsministerium wegen des Standes der Kriegsmarine. Kreuzberg verlangt in gleicher Art Nachweisungen über die Entwicklung deutscher Zollvereine.

Wärth aus Sigmaringen ruft die Sache, beziehungsweise den Schutz des deutschen Reichs für den republikanischen Stützing Willich an, der von den französischen Be-

hörden wie ein Galeerensträfling behandelt und mit einem eisernen Halsbande von Station zu Station auf dem Schut über die französische Gränze gebracht worden sey.

Gevefolt aus Bremen trägt mit Beziehung auf die neueste Waffenthat in Schleswig-Holstein auf Erlassung eines Gesetzes über Vertheilung der Prisenfelder an. Dieser Vorschlag wird von der Versammlung sofort mit großer Mehrheit genehmigt.

Hierauf Uebergang zur Tagesordnung, d. h. zur Verhandlung der Angelegenheiten des Herzogthums Bernburg. Der Berichterstatter v. Buttler beantragt, über die verschiedenen, aus dem genannten Land eingegangenen Beschwerden zur Tagesordnung überzugehen. Mölling aus Oldenburg spricht im Sinne der Bernburger Kläger. (Allgemeine Gleichgültigkeit gegen die Worte der Redner.)

Nach Mölling ergreift Jacharia aus Bernburg für seine engeren Landsleute das Wort. Weiter spricht Webedin aus Hannover, welcher zwischen beiden Parteien zu vermitteln sucht.

Vassermann eilt auf die Rednerbühne, worauf sich im Saale, wo man wegen des Gemurmel der vielen Privatunterhaltungen kein Wort vernahm, wieder Stille herstellte. Der Redner sucht den von den Bernburger Demokraten schwer angeklagten Reichskommissar v. Ammon zu rechtfertigen. Derselbe sey nicht bloß ein rechtschaffener Mann, sondern habe auch in früheren Zeiten für die Freiheit sein Amt gewagt. Vassermann liest Stellen aus den von Ammon an das Reichsministerium erstatteten Berichten vor, worin behauptet wird, daß die Bernburger Ständemitglieder und Demokraten zu den schlechtesten ihrer Sorte in ganz Deutschland gehören. Schließlich empfiehlt er, das Haus möchle den Antrag des Ausschusses auf Uebergang zur Tagesordnung genehmigen.

Mölling verlangt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, und setzt auseinander, Vassermann habe ihm eine unrichtige Angabe in Betreff des zu Bernburg am 16. März gefallenen ersten Schusses unterlegt.

Die Mehrheit des Hauses verlangt Schluß der Debatte. Es entsteht ein kleiner Streit über die Fragestellung, an welchem sich Vassermann, Nauwerck, und Gager betheiligen. Der Ausschuh Antrag auf Tagesordnung geht durch; sämtliche von der Linken gestellte Verbesserungsvorschläge werden verworfen.

Mammen erhebt die Anfrage, wann der neulich gewählte Ausschuh für die Kaiserfrage seinen Bericht erstatten werde. Simon aus Trier erwidert als Obmann des fraglichen Ausschusses, daß der Bericht längstens bis nächsten Donnerstag fertig werden dürfte.

Nächste Sitzung: morgen; auf der Tagesordnung lauter unbedeutende Gegenstände. Man will durch dieses unnötige Geschäft die Berichterstattung des neuen Ausschusses verzögern.

## Fortschritte in Schleswig-Holstein.

Hannover, 13. April. (Hannov. Z.) Auszug aus den Berichten des Generalmajors Wyneken. „Schobulgaard, 11. April. Die im Sundewitt stehenden deutschen Truppen haben heute ihre Vortruppen bis auf Kanonenschuß-Weite von der dänischen Position auf den Düppeler Höhen vorgeschoben. Sie stießen dabei auf keinen Widerstand. Das Hauptquartier des Generalmajors Wyneken kommt heute nach Alderup.“

Alderup, 13. April. (Börsenh.) Die Sachsen und Bayern haben heute Morgen die Düppeler Schanzen erstickt. Die Truppen haben sich überaus brav geschlagen.

Hadersleben, 13. April. (H. Bl.) Die erste schleswig-holsteinische Brigade rückt heute nach Jütland vor und wird morgen dort wohl einrücken. Auch das Hauptquartier geht weiter nordwärts. Hier kommen neue schleswig-holsteinische Truppen nach.

Kolding, ja ganz Jütland, wird ohne ernsthaften Widerstand besetzt werden können; denn die dort stehende dänische Armee ist nach der übereinstimmenden Aussage der Gefangenen größtentheils ganz entmuthigt, und mehrere Infanteriebataillone, zur Mehrzahl aus ältern, verheiratheten Männern, die jetzt erst mit Gewalt für das Militär ausgehoben sind, bestehend, sind im Begriff, auseinander zu laufen.

## Oesterreichische Note.

(Aus der Wiener Zeitung.)

Nachstehendes ist der Inhalt einer von dem kaiserlichen Kabinette an den k. k. Gesandten, Frhrn. v. Prokesch, in Berlin unterm 8. April erlassenen Depesche:

„Der Graf von Bernstorff hat mir eine gleichzeitig an sämtliche bei den deutschen Höfen beglaubigten k. preussischen Gesandtschaften erlassene Zirkulardepesche mitgetheilt, durch welche Se. Maj. der König sich in Folge der von dem Erzherzog-Reichsverweser ausgesprochenen Absicht, seine Stelle niederzulegen, bereit erklärt, auf den Antrag der deutschen Regierungen und unter Zustimmung der deutschen

Nationalversammlung die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten mit dem zugleich kundgegebenen Entschlusse zu übernehmen, dem erhaltenen Rufe zu folgen, und an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, der sich aus denjenigen Staaten bilden würde, welche denselben aus freiem Willen sich anzuschließen geneigt wären.

An diese Erklärungen wird ferner die an sämtliche Regierungen gerichtete Aufforderung geknüpft, ohne allen Verzug besondere Bevollmächtigte in Frankfurt zu bestellen, welche bindende Erklärungen abzugeben im Stande sind,

- 1) über den Beitritt zum Bundesstaate und die Bedingungen, unter denen er erfolgt;
- 2) über die Stellung, welche die solchergestalt zu einem Bundesstaate zu vereinigenden Regierungen demnachst zu der deutschen Nationalversammlung und den von ihr bereits gefaßten Beschlüssen einzunehmen haben, mit der Maßgabe, daß das Werk der Vereinigung über die Verfassung unverzüglich in Angriff genommen wird;
- 3) über das Verhältnis zu denjenigen deutschen Staaten, welche diesem Bundesstaate beizutreten Anstand nehmen, wobei es wünschenswerth und anzutreiben ist, die noch bestehenden Bundesverhältnisse der neuen Staatsform anzupassen.

Wie bereitwillig wir Vorschlägen entgegengekommen seyn würden, wenn solche von Seiten Preussens in seiner Eigenschaft als Genosse des vertragmäßig und faktisch noch bestehenden Deutschen Bundes gemacht worden wären, um auf der Grundlage eines von der deutschen Nationalversammlung berathenen Verfassungsentwurfes eine Vereinbarung über die zeitgemäße Neugestaltung Deutschlands auf gesetzlichem Wege herbeizuführen, dafür bürgen unsere bündigen Erklärungen, dafür bürgen die wiederholten und entschiedenen Schritte, welche wir zu diesem Ende in Berlin gethan haben.

Dagegen aber vermögen wir nicht, der Ausführung der von dem preussischen Kabinette in seiner Zirkulardepesche vom 3. d. M. ausgesprochenen Absichten unsere Zustimmung zu ertheilen und noch viel weniger dieselben zu fördern.

Die Nationalversammlung, nur berufen, in Gemeinschaft mit den Fürsten das Verfassungswerk zu Stande zu bringen, hat ihrer gesetzlichen Thätigkeit selbst ein Ziel gesetzt, indem sie das Werk für vollendet erklärt, und, die ihr zustehenden Befugnisse überschreitend, nicht allein die eigenmächtig beschlossene Verfassung vollzogen und als Gesetz veröffentlicht hat, sondern sogar ohne Vollmacht Deutschland einen Erbkaifer zu geben beabsichtigte.

Sollte demnach der Erzherzog-Reichsverweser, an welchen von Seiten Sr. Maj. des Kaisers eine bringende Aufforderung ergangen ist, sein Amt noch fortzuführen, bis auf gesetzlichem Wege für die Leitung der deutschen Angelegenheiten Vorsorge getroffen seyn wird, diesem Wunsche aus unvorhergesehenen Gründen nicht zu entsprechen vermögen, müßten wir gegen die Uebernahme und Ausübung dieser Gewalt durch eine der deutschen Regierungen allein entschiedene Einsprache erheben und darauf bestehen, daß sie in einer Weise organisiert werde, welche sämtlichen Regierungen eine gerechte Vertretung in derselben zu sichern im Stande wäre.

Wären diese Vorgänge schon ungesetzlich, so hat diese Versammlung den Boden des Rechts vollends verlassen, indem sie sich nicht minder eigenmächtig für permanent erklärte.

Aus diesen Gründen können wir die Gültigkeit der von der Nationalversammlung außerhalb dem Bereiche ihrer Befugnisse gefaßten Beschlüsse eben so wenig anerkennen, als wir ihr das Recht auf fernere Thätigkeit zugestehen vermögen. Für uns besteht die Nationalversammlung nicht mehr und kann daher weder auf Anordnungen hinsichtlich einer neu zu bildenden provisorischen Zentralgewalt Einfluß üben, noch einen Antheil an Verhandlungen zum Behuf einer Vereinbarung über das von ihr selbst für abgeschlossen erklärte Verfassungswerk nehmen.

Da unter diesen Umständen mit der Nationalversammlung keine weitere Verhandlung über das Verfassungswerk gepflogen werden kann, die Zentralgewalt aber in ihrer Eigenschaft als eine rein exekutive Behörde hiezu nicht berufen wäre, und Se. Maj. der Kaiser an dem bereits ausgesprochenen Grundsatz festhalten müssen, sich und ihre Staaten der von einem andern deutschen Fürsten gehandhabten Zentralgewalt nicht unterordnen zu können, wir demnach auf der von Preussen aufgestellten Grundlage auch mit dessen Bevollmächtigten, wie mit jenen anderer deutscher Fürsten, in Frankfurt nicht zu unterhandeln vermögen, sind wir nicht in der Lage, der an uns ergangenen Einladung zu entsprechen, und einen Bevollmächtigten zu den daselbst beabsichtigten Verhandlungen zu entsenden.

Unser allergnädigster Herr ist vielmehr bemüht, dieser Erklärung noch jene hinzuzufügen, daß Allerhöchstdieselben gegen alle und jede aus solchen Verhandlungen etwa hervorgehenden Beschlüsse, wie gegen deren Folgen, unter Vorbehalt der Sr. Maj. dem Kaiser, seiner Regierung, und seinen deutschen Provinzen aus den noch rechtskräftig bestehenden Verträgen erwachsenden Ansprüche und Rechte feierliche Verwahrung einzulegen.

Erw. Hochwohlgeboren haben dem k. preussischen Kabinete, in Erwiderung auf seine uns durch den Grafen v. Bernstorff zugegangene Mittheilung, eine Abschrift gegenwärtiger Depesche einzuhändigen."

### Deutschland.

**Karlsruhe, 17. April.** Tagesordnung der Ersten Kammer auf Mittwoch den 18. April, Morgens 10 Uhr: 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung der Kommissionsberichte über die Gesetzentwürfe: a) die Aufhebung des Lehensverbandes betr. (Graf v. Kageneck); b) Änderungen am Forstgesetze betr. (Oberforstmeister v. Kettner). 3) Bericht über das Budget des Finanzministeriums: Einnahmen und Lasten, Tit. VIII., allgemeine Kassenverwaltung, eigentlicher Staatsaufwand, Tit. I bis X. (Oberforststr. v. Gemmingen.)

**Karlsruhe, 16. April.** (168. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Mittermaier.)

Die Erste Kammer ist, nach einer Eröffnung des Präsidiums, dem an sie wiederholt gelangten Gesetzentwurf über das Verfahren bei den Amtsgerichten mit einigen Modifikationen, jenem über die Verzollung des ausländischen Zuckers und über die Besteuerung der Runkelrübe aber unbedingt beigetreten.

Unter den vorgelegten Petitionen befindet sich auch eine solche aus Mannheim mit vielen Unterschriften, in welcher das Ansuchen gestellt wird, die Kammer möge dahin wirken, daß statt der 19 Wahlmänner, die bei der dortigen Abgeordneten-Erswahl nicht stimmten, andere gewählt werden.

Dörr, Siegle, und Dennig übergeben ihre Budgetkommissions-Berichte über mehrere Titel des Budgets des Ministeriums des Innern. Es wird deren Vorausbdruck beschlossen, und sofort der Tagesordnung gemäß zur Beratung des durch Weller erstatteten Kommissionsberichtes über das Budget des Justizministeriums übergegangen.

Bei der allgemeinen Diskussion weist Prestinari nach, daß die jetzige Gerichtsorganisation um ein Bedeutendes wohlfeiler zu stehen komme, als die im Jahr 1846 projektierte, und selbst wohlfeiler, als die seit her bestandene, welches Beides der Berichterstatter mit dem Bemerkenswerten bestätigt, daß er seiner Berechnung nur den Aufwand für letztere zum Grunde legte.

Man glaubt auf eine Verkehrtheit, nämlich darauf aufmerksam machen zu müssen, daß so große Summen für die Verwaltung der Strafsjustiz und insbesondere für Strafanstalten ausgegeben wurden, während man eher auf die Quelle der Verbrechen zurückgehen, und durch eine bessere Befolgung der Lehrer für die Erziehung der Jugend mehr sorgen sollte, zumal bei uns das Institut der Friedensgerichte nicht bestehe, daher die Lehrer und Geistlichen dieses Amt zu verwalten hätten. Nebenbei beklagt sich der Redner über die schlechte Befolgung der Notare. Von Seite der Regierungsbank und einigen andern Rednern wird ihm aber erwidert, daß seit mehreren Jahren für die Befestigung der Lehrer aus Staats-, so wie aus Gemeindegeldern, Schulgeldern u. d. das Möglichste gethan worden, und daß man sich im Hinblick auf die seitherigen Resultate füglich auch fragen könne, ob die Lehrer dadurch besser geworden? Was die Notare betreffe, so sey Das, was sie vom Staate erhalten, nur ein Zuschuß zu ihrem sonstigen Dienstehkommen.

Bei der speziellen Diskussion stellt zu §. 1 der Einnahmen, „Mietzinse von Gebäuden“, die Kommission den Antrag:

Die Regierung möge in das Finanzgesetz die allgemeine Bestimmung aufnehmen, daß in Zukunft wegen Verschaffenheit der Dienstwohnungen keine Herabsetzung des 10 Prozent der Besoldung des betreffenden Staatsdieners betragendes Mietzinses mehr eintreten dürfe.

Staatsrath v. Stengel wünscht, daß die Diskussion hierüber einstweilen ausgelegt und erst bei Beratung des Finanzgesetzes im Allgemeinen wieder aufgegriffen werden möchte; die Kammer geht aber darauf nicht ein, stimmt vielmehr, nachdem mehrere Redner für und gegen den Kommissionsantrag gesprochen, dem letzteren bei.

Zur Position „Einnahme durch Gewerbetrieb“ verlangt Mez, unterstützt durch Malsch, es möchten die Sträflinge nur zu solchen Arbeiten verwendet werden, welche den bestehenden Gewerben keinen Eintrag thun, und erhält von Geh. Referendar Jungmanns zur Antwort: Ein Hauptaugenmerk der Verwaltung müsse dahin gerichtet seyn, daß die Sträflinge in einer Weise beschäftigt würden, die sie in den Stand setzt, auch nach erlittener Strafszeit ihr Unterkommen zu finden und nützliche Glieder der Gesellschaft zu werden. Es mögen daher die Handwerksmeister, um sich vor Schaden zu schützen, jenen zu Mannheim nachahmen und auf ihre eigene Rechnung in den Strafanstalten arbeiten lassen.

Bei dem Titel „Justizministerium“ spricht Weller die Ansicht aus, daß, da dieser Stelle einige Geschäfte durch die neue Organisation abgenommen seyen, auch die Besoldungen für dieselbe verringert werden möchten. Staatsrath v. Stengel weist aber nach, daß der dermalige Geschäftsdrang beim Justizministerium, zumal durch den Vollzug der neuen Organisation, durch die Lebensablosungen u. d. eher eine Vermehrung als eine Verminderung des in vier Räten bestehenden Kollegiums erheische. Könne man später mit weniger ausreichen, so solle darauf Rücksicht genommen werden.

Zum Titel „Oberhofgericht“ stellt Ulrich den Antrag, diese Stelle von Mannheim nach Karlsruhe zu verlegen. Weller tritt demselben in einem längern Vortrage entgegen, worauf ihn die Kammer verwirft.

Bei dem Titel „Hofgerichte“ erklärt die Regierung, daß wegen der durch die neue Organisation herbeigeführten Geschäftsverminderung künftighin zwei derselben einzugehen

haben. Prestinari spricht ausführlich und mit Gründlichkeit für den Fortbestand des Hofgerichtes zu Bruchsal, zumal für den Fall, wenn in jenem Ort kein Bezirksgericht (Kreisgericht) verlegt werden sollte, und stellt den Antrag: Es wolle die Kammer die Abstimmung darüber, in welche Städte die Sige der Hofgerichte verlegt werden sollen, in so lange verschieben, bis über die Sige der Kreisgerichte entschieden seyn werde.

Dieser Antrag wird vielfach unterstützt, und auch, nachdem Weller für Verlegung eines Hofgerichtes zu Mannheim gesprochen, von der Kammer angenommen.

Staatsrath Bekk, welcher im Laufe der Verhandlungen im Saal erschienen, verlangt in geheimer Sitzung eine Regierungsvorlage zu machen, worauf die öffentliche Sitzung geschlossen und deren Fortsetzung auf heute Mittag 4 Uhr angeordnet wurde. (Schluß folgt.)

**Mannheim, 14. April.** (Schw. M.) Heute gingen von hier drei Dampfboote der Kölnischen Gesellschaft nach Mainz ab, um daselbst deutsche Reichstruppen zum schnellsten Transport nach Köln aufzunehmen. Diese Truppen werden, wie man hört, vornehmlich aus Hessen und Bayern bestehen, und ihr Ziel ist natürlich Schleswig-Holstein.

**Mannheim, 17. April.** Die Abendzeitung verübelt triumphierend die fortgesetzten Siege Brentano's über die eigene Partei. Hat man je einen Führer gesehen, der mit größerem Eigensinn seine Leute zur Desertion verleitet? Es ist doch wohl nichts Anderes als Desertion, wenn man den Kampfplatz verläßt? Die Kammer ist doch wohl der Kampfplatz der politischen Parteien?

Die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt verstehen die Sache besser, als Brentano: sie bleiben im Parlament, wiewohl ihre Regierung sie abberufen hat. Sie sehen recht wohl ein, daß sie mit ihrem Sitz im Parlament auch ihre Sache aufgeben. Ist kein z. B. sieht Das auch recht gut ein; er hat wenigstens bisher den Austritt verweigert. „Aber die jungen Leute wollen jetzt Alles besser verstehen, als alte, erfahrene Männer“, pflegt er häufig zu sagen. Sollte es wirklich mit ihm dahin gekommen seyn, daß auch er sich von dem provisorischen Landesauschuß ins Schlepptau nehmen läßt? Sollte er gehorchen, wo er gebieten müßte? Die Abendzeitung meldet auch seinen Austritt. Nun, wir werden ja bald sehen, ob sie Wahrheit berichtet.

Was wird aber die Folge der vielen Desertionen seyn? Wird die Kammer unvollständig werden? Nun, dann wird die Regierung sie auf vier Wochen vertagen, bis die Mitglieder von Frankfurt zurückkommen können, und die Ergänzungswahlen beendet sind. Wie wir hören, wird in Baden und Breiten gewählt werden. Auch die Mehrheit der hiesigen Wahlmänner ist zum Wählen bereit; 43 Wahlmänner haben Dies zu Protokoll erklärt; aber merkwürdiger Weise zögert die Regierung, die zweite Wahlhandlung vornehmen zu lassen.

Man verliert sich in Vermuthungen über den Grund dieser Zögerung. Die Stadt hat ein Recht, in der Kammer vertreten zu seyn, wenn die wichtigsten materiellen und politischen Interessen berathen werden; sie darf daher verlangen, daß, so weit das Wahlgesetz Vorsorge trifft, auch ohne Aufenthalt vorgefahren werde. Statt Dessen sind 14 Tage umlaufen, ohne daß irgend ein Schritt vorwärts geschehen ist. Weiß etwa die Regierung selbst nicht, wie sie sich im vorliegenden Falle zu benehmen hat?

Die hiesigen Urwähler, 600 an der Zahl, haben in einer Adresse an die Zweite Kammer ihre Ansicht offen dargelegt: sie glauben, daß die Wahlmänner, welche geradezu erklären, nicht wählen zu wollen, ihr Mandat niedergelegt haben, weshalb an deren Stelle andere Wahlmänner gewählt werden müßten. Wir müssen nun abwarten, was die Kammer, was die Regierung beschließen wird.

**Freiburg, 16. April.** (N. Fr. Z.) Durch Verfügung des großh. Staatsministeriums vom 13. d. M. ist das weitere gerichtliche Verfahren gegen die wegen Hochverrats in Anklagestand versetzten Anstalt v. Struve und deren Bruder Peter Dufar unter der Voraussetzung künftigen geseglichen Betragens niedergeschlagen, und sind in Folge dessen Beide der Haft entlassen worden.

Die öffentliche gerichtliche Verhandlung gegen Joseph Fickler ist nunmehr auf den 2. Mai festgesetzt.

Heute wurden in öffentlicher Sitzung des Hofgerichtes die Namen der Geschwornen für die nächsten Verhandlungen des Geschwornengerichts aus der Urne gezogen. Die herausgewonnenen Namen sind folgende:

- 1) Ant. Tröndle, Bürgermeister von Ny.
- 2) Joh. Reiner, Altgemeinderath von Brombach.
- 3) Karl Dreßer, Altfor von Behr.
- 4) Frhr. D. v. Schönau von Oberschwörstadt.
- 5) Ad. Fried. Blantzenhorn von Müllheim.
- 6) Karl Herb alt, Gemeinderath dahier.
- 7) J. Rutschmann, Gemeinderath von Stetten.
- 8) Julius Will, Bezirksförster von Müllheim.
- 9) R. Steinegger, Bürgermeister von Nollingen.
- 10) J. Ederlin, Bürgermeister von Dattingen.
- 11) J. Heidenreich, Bürgermeister von Müllheim.
- 12) J. Bauer, Bürgermeister von Hohl.
- 13) J. G. Leng, Gemeinderath von Kirchhausen.
- 14) Joh. Kifer, Bürgermeister von Altem.
- 15) Joh. G. Paas, Gemeinderath von Maulburg.
- 16) Fr. Jos. Bürkle, Müller von Partheim.
- 17) Alex. Wasmer, pens. Bezirksförster von St. Blasien.
- 18) Joh. Kupp, Altbürgermeister von Stetten.
- 19) Joh. Kessler, Glaser von Rast.
- 20) Joh. Sprich, Bürgermeister von Wieden.
- 21) Joh. G. Reinbold, Gemeinderath von Freiamt.
- 22) J. Schringer, Bürgermeister von Hülzheim.
- 23) J. Stabwasser, Bürgermeister von Schweißhof.
- 24) F. W. Roth, Landwirth von Niedereggenen.
- 25) Fr. Ritter, Bürgermeister von Säckingen.
- 26) Gottlieb Ludwig, Kaufmann von Sulzburg.
- 27) Röttle, Wundarzt von Wipf.

- 28) J. Schwäble, Rathschreiber von Griesheim.
- 29) J. J. Enderlin, Rathschreiber von Efringen.
- 30) Jakob Senger, Altbürgermeister von Niederschwörstadt.

Erst am 11. April:

- 1) Johann Fischer zum Lamm dahier.
- 2) Karl Filling, Verwalter.
- 3) Karl Lud. Müller, Regierungsekretär.
- 4) Frhr. Max v. Landenberg.
- 5) Julius v. Stern, Hauptmann.
- 6) Anton Stabler, Goldarbeiter.
- 7) Karl Ditscher, Kaufmann.
- 8) Joh. Nepomuk Göb, Registrator.

**Stuttgart, 13. April.** Die Abgeordneten-Kammer hat in der gestrigen Sitzung die Beratungen über das von der Staatsregierung vorgelegte neue Pensionsgesetz begonnen. Die ganze Sitzung wurde mit der Diskussion über einen einzigen, freilich auch den wichtigsten Paragraphen des Gesetzes ausgefüllt. In denselben hatte die Regierung aufgenommen, daß die Bestimmung des neuen Gesetzes nicht auf diejenigen zurückgreife, welche schon in dem Besten von Pensionen sich befinden, und auf bereits angestellte Staatsdiener nur in so weit, als diese von dem Erscheinen des Gesetzes an in höhere Gehalte, als bis dahin, vorrücken. Nach einem langen und heißen parlamentarischen Kampfe, in welchem der auf Billigkeit und Recht gebaute Gesichtspunkt der Staatsregierung geschickt verteidigt und leidenschaftlich mit den gewöhnlichen, fast abgenutzten Schlagworten angegriffen wurde, beschloß die Kammer mit 40 Stimmen gegen 33, daß das neue Pensionsgesetz seine Anwendung auf alle schon bestehenden und künftigen Pensionen zu erstrecken habe.

Ueber die Diskussion selbst, in welcher namentlich von dem Ministerische aus, durch den Staatsrath Goppelt, beherzigenswerthe, ernste Worte gesprochen wurden, behalten wir uns, der Wichtigkeit des Gegenstandes wegen, eine weitere Mittheilung vor. Den Beschluß der Kammer können wir nur aufrichtig beklagen, theils des dabei schwer verlegten Rechtsgrundes, theils der traurigen Folgen wegen, die er, wenn er Gesetzeskraft erlangen sollte, für viele Einzelne haben müßte, denen nach langen, dem Staate treu geleisteten Diensten nun im Alter die schwersten Entbehrungen auferlegt würden. Die Mehrheit der Kammer hat sich zu diesem Beschlusse angeblich aus Verächtlichkeit der im Lande herrschenden Noth bestimmen lassen. Daß aber durch diesen Beschluß eine viel größere Noth im Einzelnen herbeigeführt, als im Allgemeinen abgewendet, daß durch denselben jedem Begriff von wohlverworbenem Rechte Hohn gesprochen wird, daß man mit demselben Rechte jeden Besitz angreifen, Eigentum und Rechte über den Haufen stoßen kann, — dies sind Konsequenzen jenes Ausspruches der Kammermehrheit.

Mögen es diese Herren vor ihrem Gewissen verantworten, täglich an den Grundpfeilern der staatlichen Ordnung zu rütteln; mögen sie es verantworten, wenn der Same, den sie stündlich mit emsigen Händen aussäen, bald in wuchernden Giftpflanzen aufsteigt, und neben vielen traurigen Folgen vielleicht nur die einzige erfreuliche haben wird, daß der Säemann statt der geträumten Goldkörner stehende Nesseln ernten wird. Ob unsere Staatsregierung der Kammer auf diesem von ihr nicht erst gestern beschrittenen, sondern seither schon breitgetretenen Wege auch in der vorliegenden Frage folgen, ob sie mit der Kammer brechen, oder sich lieber zurückziehen, als ihr bisher häufig ausgesprochenes Prinzip, „am Rechtsboden festhalten zu wollen“, aufgeben wird, hierüber eine entschiedene Meinung auszusprechen, liegt nicht in unserer Macht. Was wir zu wünschen haben, darüber können wir nicht im Zweifel stehen.

**Stuttgart, 16. April.** (Schw. M.) Staatsrath Römer ist von Frankfurt hier angekommen. Heute wird Minister-Versammlung stattfinden, — wie man glaubt, wegen der deutschen Verfassungsfrage.

**München, 12. April.** (N. M. Z.) Die erbkaufliche Partei, vielleicht auch eine andere, der es im Grunde um ganz Anderes, als um einen Erbkauf von Deutschland zu thun ist, hat heute Nachmittag an den Straßenecken einen Artikel der „Deutschen Zeitung“, eine „Ansprache an die Könige“ von E. M. Arndt, als Plakat anheften lassen. Bei aller Achtung, die wir vor dem großen Dichter des deutschen Liedes, „Was ist des Deutschen Vaterland“ haben, müssen wir doch zur Steuer der Wahrheit sagen, daß seine jetzige Ansprache zu Gunsten der Gründung eines Kleindeutschlands, zur Zerstückung des großen Gesamtvaterlandes, und zu Gunsten sonderbändlerischer Bestrebungen einen eben so geringen Eindruck gemacht hat, als jener groß und mächtig war, den er einst als begeisteter Sänger der Größe, Macht, und Herrlichkeit des ganzen, ungetheilten Vaterlandes hervorbrachte. Wir hätten es früher für eine Unmöglichkeit gehalten, einen E. M. Arndt in seinen alten Tagen für die Zerstückung und Spaltung Deutschlands eine Lanze brechen zu sehen, nachdem er sein ganzes Leben lang zur Lösung genommen hatte: „Das ganze Deutschland soll es seyn!“ Diese Lösung ist auch heute noch die unsere, und wir sind überzeugt, auch die der unendlichen Mehrheit des bayrischen, wie des gesammten deutschen Volkes.

Wir können bei diesem Anlaß ein bemerkenswerthes Zusammentreffen nicht unerwähnt lassen. An demselben Tage, wo eine bekannte Partei die Ansprache Arndt's an die Straßenecken von München anheften läßt, nennt ein „gesinnungstüchtiges“ Münchner Blatt der nämlichen Partei (die „Leuchtfugeln“) in einem Gedichte an den nämlichen „Vater Arndt“ ihn einen „geistig erblindeten Greis“, einen „Fürstentumslaf“, den „einigen Knecht unter den Dichtern“. (Leuchtfugeln III. Band, Nr. 17, S. 135.)

**München, 15. April.** (Allg. Z.) Das Gerücht taucht wieder auf, daß v. d. Pfordten nun doch ins Kabinett treten und das Portefeuille des Auswärtigen erhalten werde. Ich muß die Bestätigung dahin gestellt seyn lassen. Gewiß aber ist, daß nach eben gefasster königlicher Entschliesung der

Landtag abermals bis zum 15. Mai vertagt worden ist, und zwar aus demselben Grunde, aus welchem die letzte Prorogation erfolgt war: — wegen der verlängerten Ungewissheit der Lösung der Dinge in Frankfurt.

**Frankfurt, 14. April.** (D. P. A. 3.) Beda Weber, Professor aus Meran, Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung, ist durch das Domkapitel zu Limburg zum katholischen Pfarrer an der Bartholomäuskirche (Dom) in dieser Stadt ernannt worden.

**Frankfurt, 16. April.** (Frankf. 3.) Die Zentralgewalt ist gegenwärtig im Begriffe, eine wichtige Verbesserung von Artilleriegeschossen zu erlangen. Es befindet sich nämlich seit einiger Zeit der Erfinder einer Verbesserung an den Schrapnels (Kartätschgranaten), Birk aus Württemberg, hier, um im Auftrage des Reichs-Kriegsministeriums behufs der demnächst in der Reichsfestung Mainz vorzunehmenden Schießproben mit Schrapnels Vorbereitung zu treffen. Die Verbesserung bezweckt hauptsächlich sehr große Sicherheit der Wirkung und eine bedeutende Beschleunigung des Schießens, so daß mindestens dreimal schneller gefeuert werden kann, als mit der ursprünglichen englischen Erfindung.

Die Erfindung Birk's hat bereits in einigen Artillerien, namentlich in Bayern und Baden, Eingang gefunden und bei den dortigen Versuchen die besten bis herigen Einrichtungen übertrifft. Wird sie in der Folge für ganz Deutschland angenommen, so ist die deutsche Artillerie sehr im Vortheil gegen die ihrer Feinde.

**Kassel, 15. April.** (K. 3.) Die Ständeversammlung ist gestern Nachmittag auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

**Dresden.** Die Erste Kammer hat in ihrer Sitzung vom 12. mit allen Stimmen gegen eine folgenden Antrag angenommen:

Die Kammer möge im Verein mit der Zweiten bei der Staatsregierung beantragen, dieselbe wolle die von der Nationalversammlung beschlossene und verkündete Verfassung des deutschen Reichs sammt dem Reichs-Wahlgesetz sofort, und ohne vorher mit den andern Regierungen in Verhandlung zu treten, anerkennen und auf verfassungsmäßige Weise publizieren.

**Braunschweig, 11. April.** (Magdeb. 3.) Hier verläutert, daß der Herzog damit umgehe, binnen kurzem der Regierung zu entsagen.

**Leer, 8. April.** (Börsenh.) Die für Rechnung der deutschen Kriegsmarine auf dem hiesigen Schiffswerke Concordia erbauten beiden Kanonenboote sind gestern vom Stapel gelassen.

**Berlin, 14. April.** Gestern war das Gerücht verbreitet und selbst in die Kammern gedrungen, das Ministerium gehe damit um, die Kammern auf 30 Tage zu vertagen. Vertrauliche Anfragen, die deshalb von einzelnen Mitgliedern der Kammer an die Minister gerichtet wurden, stellten die völlige Grundlosigkeit des Gerüchtes heraus.

In der Stimmengleichheit, welche die Abstimmung über den Besondere'schen Antrag in der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer ergab (152 gegen 152), wollen Viele eine Veränderung der Parteienstellung zu Gunsten der Linken erblicken; wie es scheint, nicht ohne Grund, denn auch heute ergab sich bei der Abstimmung über die erste Hälfte des §. 1 des Plafatengesetzes ein ähnliches Resultat, indem 154 dafür, 153 dagegen stimmten. Der übrige Theil des Gesetzes wurde mit einigen Modifikationen, welche die Majorität des Zentralausschusses vorgeschlagen, ebenfalls angenommen; — zu großem Leidwesen des Hrn. v. Kirchmann, welcher es bedauerte, daß durch dieses Gesetz dem armen Arbeiter die einzige Lektüre, das einzige Bildungsmittel genommen werde.

Das neueste Militär-Wochenblatt bringt mehrfache Ernennungen und Beförderungen in der Marine. Neben Schiffsern, Schiffsführern, und Steuermännern erster und zweiter Klasse findet man auch „Auxiliair-Offiziere“ und „Secondelieutenanten“, welches Letztere weder deutsch noch französisch ist. Unsere Amtssprache wird den Jopps des vorigen Jahrhunderts nicht los: es ist ein wahrhaft eläbischer Jargon.

Gestern Abend ist das 14. Regiment (aus Bromberg) hier eingerückt, um hier zu garnisoniren.

**Wien, 12. April.** (Allg. 3.) Der Feldmarschall hat sich auf seinen linken Flügel gegen Waigen zu begeben, und leitet die Operationen gegen den fest vordringenden Görgey, während Graf Schlik im Centrum durch Dembinski vollauf beschäftigt wird. Die Husaren schlagen sich mit einer Tapferkeit, welche jedes Vordringen der kaiserlichen Armee ohne bedeutende Verstärkungen unmöglich macht. So wie aber Fürst Windisch-Grätz mit 100,000 Mann im Felde wird operiren können, rückt er vor, und schwerlich dürfte außer der leichten Reiterei ein Drittel der Insurgenten über die Theiß entkommen. Ob die von allen Seiten heranziehenden Bataillone rechtzeitig ankommen werden, das ist die Frage, um deren Lösung es sich jetzt handelt. Die Vorhut des Generals Hammerstein ist schon in Kaschau und Eperies (d. h. jetzt im Rücken der Insurgenten); General Benedek eilte hier durch gestern nach Kaschau, um die Brigade zu übernehmen.

Amtliche Berichte von Temešwar melden das Einrücken der Russen in Siebenbürgen von der Hermannstädter und Klausenburger Seite; das Ministerium konnte aus Rücksicht auf die dort blosgestellte Bevölkerung diese Pille nicht abgeben. Nach Ungarn aber kommen keine Russen. Der junge Kaiser soll eine entschiedene Abneigung gegen die Intervention derselben in Ungarn hegen, und um jeden Preis sie zu vermeiden suchen.

**Wien, 13. April.** Aus Ungarn nichts Neues. Feldmarschall-Leutnant Ramberg steht mit vier Brigaden bei Waigen; dort müßten die Insurgenten durchbrechen, um den Entzug von Komorn zu versuchen. Inzwischen rücken von allen Seiten Verstärkungen für die kaiserlichen Truppen nach; auch ist der Feldmarschall nicht abgeneigt, bei Pesth eine Hauptschlacht zu liefern, was aber nicht in der Absicht

des Feindes zu liegen scheint, der seine Ueberlegenheit an leichter Reiterei auf der weiten Ebene lieber zu Scharmzügen und steten Beunruhigungen benützt. Vielleicht ist es für die Neugestaltung der ungarischen Verhältnisse besser, daß der Krieg wieder näher rückt und die Insurgenten noch einmal einen Erfolg davon trugen, der die Gefahren der Zukunft aufdeckt; denn je mehr man hierin klar sieht, um so sicherer wird man die Bürgschaften des Friedens fassen müssen, und es sah eine Zeit lang in der That aus, als ob man von gewisser Seite mit den magyarischen Ansprüchen liebäugeln und den andern Nationalitäten Ungarns die natürliche und verfassungsmäßige Gleichberechtigung vorenthalten oder verkürzen wollte. Dies wäre eine verhängnißvolle Ausaat von Unheil geworden!

In Pesth hat man den Grafen Stephan Karoly verhaftet, der im November v. J. 1800 Mann für die Insurgenten auf seinen Gütern aushob und auf seine Kosten ausrüstete. Bisher war er, von Niemand behelligt, frei herumgegangen.

Die serbische Wojwodenschaft soll nun, wie man mit Bestimmtheit versichert, als ein selbständiges Kronland konstituiert, d. h. von Ungarn emanzipirt werden. Auch in Bezug auf die südslawischen Lande überhaupt sollen durchgreifendere Aenderungen beschloffen seyn, als man bisher im Auge hatte.

Das Gerücht von einem bevorstehenden Rücktritte des Grafen Stadion aus dem Ministerium bestätigt sich nicht; dagegen erhält sich der Glaube an eine Aenderung im Oberbefehl der Armee in Ungarn.

Die Grager Zeitung schlägt eine Nationalunterzeichnung vor, um dem Feldmarschall Radetzky eine Nationalbelohnung anzubieten, wie sie Großbritannien seiner Zeit dem Herzog von Marlborough bot; nämlich ein stattliches Erbgut, dem man den Namen Custozza oder Novara beilegen möge. Marlborough erhielt bekanntlich die Domäne Woodstock mit dem Schlosse Blenheim; die Herzogswürde hatte er schon vorher erhalten; seine Verdienste um Großbritannien waren weder so groß noch so folgenreich, wie die, welche sich Radetzky um Oesterreich erworben hat.

Nach der Aussage von Reisenden, welche aus der Gegend von Venedig kommen, ist dort kein hartnäckiger Widerstand zu erwarten, sobald einmal die sardinische Flotte abgesetzt. Man glaubt, daß sich die Stadt keine vierzehn Tage zu halten vermöge: der Enthusiasmus ist Strohpfeiler, und der Löwe von St. Marcus brüllt schon lange nicht mehr.

In Mailand ist die Errichtung eines deutschen Theaters im Werke. Der hiesige Theaterdirektor Pokorny ist bereits dahin abgereist, um nähere Rücksprache zu nehmen.

**Wien, 13. April.** (Allg. 3.) Heute sind wichtige Berichte aus Ungarn eingetroffen. Waigen ist von den Ungarn erstickt und genommen worden. Die österreichische Armee konzentriert nun alle ihre Macht, um eine Schlacht bei jener Stadt zu liefern, und die Ungarn von Komorn, das sie entsetzen wollen, abzuhalten.

### Italien.

**Genua.** (Basl. 3.) Die Ungewissheit über den Zustand Genua's ist nun vollständig gehoben. Die sardinischen Truppen haben die Stadt besetzt, die Barricaden sind weggeräumt, die Amnestie ist gewährt, mit Ausnahme von 12 Personen, unter denen sich die provisorische Regierung, Gen. Vozziana an der Spitze, befindet. Dies geht aus zwei Proklamationen des Syndikus von Genua und aus einer Proklamation des Generals La Marmora vom 10. hervor, die beide vor uns liegen. Ein uns mitgetheiltes Privatbrief aus Genua vom 11. bezeugt die Einnahme der Stadt am 10. Die provisorische Regierung ist entflohen. Die Stadt hat weniger gelitten, als zu fürchten war; ein einziger Pallast ist ganz zerstört, so wie einige Nachbarhäuser derselben, wo sich die Insurgenten verchanzt hatten. Im Ganzen gab es ungefähr 50 Tote und 350 = 400 Verwundete.

**Palermo.** (Basl. 3.) Eine am 13. in Bern eingetroffene Privatnachricht aus Sizilien meldet, daß die Insurgenten sich im letzten entscheidenden Augenblicke unterworfen haben und die neapolitanischen Expeditionstruppen bereits in Palermo eingezogen seyen.

### Frankreich.

**Paris, 15. April.** Die Regierung hat gestern über Lyon eine telegraphische Depesche aus Turin vom 12. erhalten, wonach Genua vollständig unterworfen ist.

Die alten Minister Ludwig-Philipp's kehren nach und nach sämmtlich nicht nur nach Frankreich, sondern auch auf die politische Schauphühne zurück. Hr. v. Salvandy ist jetzt ebenfalls in Paris angekommen, um sich von da nach dem Departement Eure et Loire zu begeben, wo er als Kandidat zu der bevorstehenden Nationalversammlung aufzutreten wird.

Die große „Volksbank“ des Hrn. Proudhon hat ein Ende genommen, wie das große Projekt des Hrn. Cabet in „Famion“. Als Minimum waren 50,000 Franken verlangt, welche aber nicht zusammenkamen; nun zählt man die Einschüsse zurück. Es waren im Ganzen 17,933 Fr. eingezahlt worden, und die „Kosten“ betragen etwas über 8000 Fr., d. h. beinahe 50 Prozent!

Ein Blatt will wissen, daß der General Rybinski, der letzte Oberfeldherr der polnischen Armee im Jahr 1831, sich nach Rom begeben, um das Kommando der Truppen der römischen Republik zu übernehmen.

Das Kriegsgericht hat wieder einen Juniinsurgenten, der in den Junitagen eine Barricade kommandirte, zur lebenslänglichen Zwangsarbeit verurtheilt.

Zahl der bis jetzt in den Hospitälern vorgekommenen Cholerafälle: 1761, worauf 1022 Todesfälle.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 12. April.** (H. Bl.) Der Kriegsminister General Hanjen ist mit dem „Aegir“ in Kopenhagen eingetroffen; er bringt einen gefangenen Offizier (Leutnant v. Bunt, vom 8. württembergischen Regiment), einen Unteroffizier (Clausen, von der Schleswig-holsteinischen Artillerie), und 9 Gemeine mit. Dieselben wurden, wie „Lyveposten“ sagt, nicht im Gefecht, sondern in Folge des Umstandes gefangen, daß sie dänische Vorposten für deutsche ansahen.

### Rußland.

**Petersburg, 6. April.** Die heutige Zeitung enthält ein kaiserl. Manifest, in welchem die gewöhnliche Rekrutenaushhebung für das Jahr 1849 im Betrag von acht Mann auf je 1000 Seelen gemäß dem System der Reihenfolge in den westlichen Gouvernements angeordnet wird, welche mit dem 13. Mai beginnen und mit dem 13. Juni endigen soll. Als Grund wird angegeben, daß ein Theil der Armee im verfloffenen Jahr eine bedeutende Verminderung durch die Cholera erlitten habe und auf dem Kriegsfuß bleiben müsse.

### Vermischte Nachrichten.

— Die Wiener „Presse“ schreibt aus Pesth: „Es ist schon in mehreren Blättern gerüht worden, daß das große Wort der Gleichberechtigung aller Nationalitäten in Ungarn hinsichtlich der Deutschen noch wenig in Anwendung kam. Leider machen wir hier in Pesth und Ofen, deren Bewohner zu drei Vierteln deutscher Zunge sind, diese traurige Erfahrung mehr als irgendwo im Lande. Alle Aemter und Stellen sind oder werden zum großen Theile von eingewanderten Magyarern besetzt, die sich, man mag sagen, was man will, mehr nach Debreczin, als nach Wien neigen. Wenn der deutsche Pesther Bürger auf das Rathhaus geht, um die Steuer zu entrichten, so findet er das Bureau nicht, weil die Aufschreiben alle bloß magyarisch sind; richtet er an Jemand eine Frage, so antwortet man ihm entweder gar nicht, oder abstoßend trostlos, vorgebend, nicht deutsch zu verstehen. Alle Plakate, Gerichte, und Anzeigen in diesem Stadthause sind bloß in magyarischer Sprache.“ (Die guten Pesther und Ofener scheinen an der Berachtung, die man ihnen von magyarischer Seite spendet, zum Theile selber schuld zu seyn. Es ist eine dürrige Charakterrolle, zu den magyarischen Bedrückungen auch noch Bivat oder vielmehr Eifen zu schreiben, wie Dies in Pesth und Ofen mehr als einmal vorgekommen ist.)

— Der gewesene König von Sardinien hat sich von Valladolid direkt nach Lissabon begeben, ohne Madrid zu berühren. In Lissabon unterzeichnete er eine förmliche Abtanksakte, die von den höchsten spanischen Magistratspersonen dieser Stadt als Zeugen unterschrieben wurde. Das Original dieser Abtanksurkunde ist bei einem Notar von Lissabon niedergelegt; beglaubigte Abschriften wurden nach Turin geschickt.

— Aus Berlin schreibt man: „Sollten die Ungarn einen irgend bedeutenden Sieg über die Oesterreicher davon tragen, so dürfte ihre Armee leicht einen tüchtigen Zuwachs von hier aus erhalten, indem viele hiesige Offiziere a. D. nur auf den Augenblick warten, wo der Erfolg der ungarischen Waffen gesichert erscheint, um zu dem österreichischen Rekrutenaufzug mit aufzuspielen.“ (Und die Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen zu Erisären der magyarischen Herrschaft machen zu helfen!) Das ist ein Seitenstück zu den Potsdamern, welche dem inzwischen vertriebenen Papste vor zwei Jahren „Freihaarigen gegen die Oesterreicher“ zu Hilfe senden wollten. Solche Parteinungen weisen einst Polen auf, und mit solchen Parteinungen fand es den Weg zum Untergang!

**Karlsruhe, 17. April.** Unser Landsmann M. Weste, dem sich das Interesse des Publikums in einem immer höheren Grade zuwandte, je länger er sein Orchestron hier aufgestellt hatte, wurde bei einem abermaligen Besuch Sr. königl. Hoh. des Großherzogs und der großherzoglichen Familie durch die ehrende Aufstellung einer großen goldenen Gedächtnismedaille aus den Händen unseres geliebten Großherzogs auf das freudigste überrascht. Die freundlichen Worte, die der edle Fürst dabei an den Empfänger richtete, werden nie aus seinem Gedächtniß verschwinden, so wie überhaupt das Andenken an den 14. April ewig in ihm fortleben wird. Der bescheidene, einfache Schwarzwalder war außer Stand, Worte zu finden, welche die Empfindungen seines Herzens zu schildern vermochten, aber der innigste Dank und die heißesten Segenswünsche für des theuern Landesvaters und seiner Lieben Wohl, die in diesem Augenblick sein Inneres erfüllten, werden gewiß Erhöhung finden, so wie die frohe Kunde dieser neuen Ehrenbezeugung, die der Schwarzwald in einem seiner biedersten Mitbürger empfing, in den Herzen der Bewohner desselben die Liebe und Anhänglichkeit für den Großherzog nur vermehren wird.

Wir wünschen dem wackern Meister aufrichtig Glück zu dieser würdigen Anerkennung seines Fürstlichen, und rufen ihm ein freundliches Lebewohl nach.

### Frankfurter Kurszettel. Wechsel in fl. süddeutscher Währung.

Den 16. April.		Brief.	Gold.
Amsterdam fl. 100 C.	1 S.	100 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	—
ditto	2 M.	—	100
Augsburg fl. 100 C.	1 S.	—	119 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
Berlin Lhr. 60 C.	1 S.	—	105 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
Bremen Lhr. 50 in Ed.	1 S.	—	99 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
Hamburg 100 M. B.	1 S.	88 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	—
ditto	2 M.	83	—
Leipzig Lhr. 60 C.	1 S.	—	105 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
ditto in der Messe	1 S.	—	—
London 10 Lvr. St.	1 S.	121	—
ditto	2 M.	—	120 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
Lyon Fr. 200	1 S.	—	93 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
Paris Fr. 200	1 S.	95 <sup>3</sup> / <sub>2</sub>	—
ditto	3 M.	—	—
Mailand 250 Lire	1 S.	—	99 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
Wien in 20er fl. 100	1 S.	103 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	—
ditto „ „	3 M.	—	—
Triest „ „	1 S.	—	—

**Disconto**  
Frankfurt, 16. April. Die Oesterreich. Fonds gingen heute auf mehrere Baarverkäufe zurück; die Klauheit war verursacht durch niedrigere Kurse und ungünstige politische Berichte aus Wien. Die übrigen Effekten blieben größtentheils fest im Kurs. Preussische, würtemb. und badische Obligationen, und russische Loose waren sogar gestiegen. In spanischen 3% auf höhere Madrid'ser Kurse viel Umlauf. Die Eisenbahn-Aktien blieben zum Theil bei geringem Geschäft etwas niedriger.

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Glöckner.

**Todesanzeige.**  
B.492. Karlsruhe. Joseph Lang, geboren zu Rindeln bei Bregenz, ist nach längerer Krankheit in der Nacht am 15. auf den 16. I. M. in einem Alter von 67 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen.

Die polytechnische Schule, bei welcher er seit vielen Jahren an der Bauerschule, besonders im Modellieren in Gyps, thätig war, verlor in ihm einen tüchtigen Lehrer, pflichtgetreuen redlichen Mann, und seine Bekannten einen wahren Freund.

Karlsruhe, den 16. April 1849.

B.448. [3]. Karlsruhe. Im Verlage der lithographischen Anstalt von S. Moutou in Karlsruhe, Akademiestraße Nr. 30, ist erschienen:

**„Auszug aus den Vorschriften für das geschlossene Exerzieren der großh. bad. Infanterie,“** versehen mit erläuternden Zeichnungen; vorzugsweise zum Gebrauch der Bürgerwehr bearbeitet von **Herrmann Hug.**

Der Heerschaar-Kommandant der Karlsruher Bürgerwehr, Herr Gerber, Oberst von der Suite der Infanterie, hat dieses Werk nach sorgfältiger Prüfung für vorzüglich zur Erlernung der Vorschriften für das geschlossene Exerzieren der Infanterie und für ganz besonders geeignet für den Exerzierunterricht der Bürgerwehr-Infanterie erklärt, da es neben der Angabe der Kommando's und der Erklärung der ausführenden taktischen Bewegungen auch noch diese selbst durch Zeichnungen ausführlich und deutlich dargestellt enthält. Dieser Auszug enthält im ersten Theil den vollständigen Zug- und Kompanie-Unterricht, im zweiten Theil den vollständigen Bataillons-Unterricht; es sind in demselben die Kommando's und sämtliche taktische Bewegungen angegeben und letztere durch 56 lithographirte Zeichnungen erläutert. Der Subskriptionspreis für einen Theil beträgt 30 Kr., für beide Theile 1 fl., der später eintretende Ladenpreis ist auf 48 Kr. für einen Theil, und 1 fl. 36 Kr. für beide Theile festgesetzt. Die Subskription kann nur bei oben genannter Anstalt entweder mit portofreier Einzahlung des Geldebetrags oder mit der Bestimmung der Erhebung desselben durch Postnachnahme geschähen.

**B.490. Bitte an Menschenfreunde.**

Am 20. d. M. ward der Bürger Peter Köpfer von Friedrichsdorf bei Eberbach von einem großen Anglück betroffen. Derselbe war an diesem Tage mit Holzbaue in den Herrschaftswaldungen beschäftigt. Dessen Frau nebst ihren 3 Kindern von 1, 2/2, und 3/4 Jahren waren zu Hause. Kaum hatte sich auch die Mutter in den nahegelegenen Wald beggeben, um daselbst etwas Reoholz zu sammeln, als ein an ihrem Hause vorübergehender Dreieinwohner an den Fenstern der Wohnstube einen dichten schwarzen Qualm bemerkte. Mit Hilfe anderer, unterdessen herbeigekommener Dreieinwohner drang Ersterer gewaltsam in das verschlossene Haus. Beim Öffnen der Stubenthüre stürzte ihnen ein wahres Flammenmeer entgegen, und aus demselben vernahmten sie das Wimmern der in demselben begrabenen Kinder; denn das in dem kleinen Wohnzimmer — durch das zu nahe am Ofen befindliche Geheiß und andere feuerfahnde Gegenstände — ausgekommene Feuer, welches Anfangs aus Mangel an Luft nur glimmte, brach durch den durchs Dröhnen der Stubenthüre entstandenen Luftzug in volle Flammen aus. — Die neben dem Ofen gestandene Wiege mit Bett, worin das kleinste Kind lag, — das neben derselben gestandene Bett der Eltern, worin sich die zwei andern Kinder in ihrer Rathlosigkeit versteckten, so wie fast die ganze übrige Pabstigkeit dieser armen Leute an Kleidungsstücke, Leinen und Geräthe stand in Flammen. — Den vereinten Anstrengungen der zur Hilfe herbeigekommenen Dreieinwohner gelang es, die 3 Kinder aus den Flammen zu retten, so wie dem weitem Umfange derselben Einhalt zu thun. — Das jüngste Kind starb, schrecklich zugezichtet, nach 3 Stunden; das zweitjüngste liegt noch darnieder; das älteste, ein Mädchen, hat ebenfalls stark gelitten.

Im Namen dieser unglücklichen armen Familie, welche nun in Folge des erlittenen Verlustes ganz ohne Bettung, ohne Weisung und fast ganz ohne Kleidung ist und der notwendigen Stubengeräthe entbehrt, auch keine Mittel besitzt, um sich weder wieder nothdürftig einzurichten, noch ihre zwei darniederliegenden Kinder gehörig versorgen zu können, wenden sich die Unterzeichneten an edle Menschenfreunde mit der Bitte: „Die Noth dieser unglücklichen, sonst braven Familie lindern zu helfen.“ — Wer schnell gibt, gibt doppelt. Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen.“ — Matth. 5, 7. Das unterzeichnete Pfarramt, sowie auch die Expedition dieses Blattes ist gerne bereit, milde Gaben für die Unglücklichen in Empfang zu nehmen und in diesem Blatte öffentlich zu verzeichnen.

Strümpfelbrunn und Friedrichsdorf, Amis Neudau, den 26. März 1849.

Bürgermeister Großh. ev. Pfarramt: B. Leutwein.

B.484. [2]. Karlsruhe. **Zum Besten hiesiger wohlthätiger Anstalten.**

Mittwoch, den 18. April 1849, Nachmittags von 3 bis 1/2 Uhr, Abends von 6 bis 8 Uhr,

**Konzert**

auf dem von M. Wette aus Böhrnbach verfertigten großen mechanischen (nach Debssa bestimmten) Musikwerke

**Orchestrion**

im Gartensaale der Museums-Gesellschaft. Eintrittspreis: 18 Kr. — Kinder die Hälfte.

Noch nicht benützte Abonnements-Billete sind unglücklich.

B.483. [3]. Karlsruhe.

### Aufruf zum Beitritt.

Die freie Presse soll die Wahrheit, das Recht, die geistige Macht des Fortschritts im Volke pflegen, nähren, und beschützen. Aber diese ihre heilige Mission wird vereitelt, wenn wir es noch lange mit Still-schweigen ansehen, wie sie — die freie Presse — zu neuer, schmählicher Knechtung und bitterer Täuschung der sich arglos hingebenden mißbraucht wird, und als vergiftete Verführerin im Volke wühlt; — wie jeder Bube, jeder verkommene Bagabund es ungehindert wagen darf, durch sie Tag für Tag die Grundlagen aller gesellschaftlichen Ordnung, Religion, Sitte, und Geseß anzufinden; wie die Schmutzblätter, die selbst in die Hütte des Aermsten bringen, sich einen schandwürdigen Erwerb daraus machen: alles Edele, Hohe, und Heilige in den Staub herabzuziehen, die Ehre der besten, bewährtesten Bürger durch grundlose Verdächtigungen und gewissenlose Lügen zu bestechen, den Samen der Zwietracht durch Erwägung von Haß und Neid zwischen den verschiedenen Ständen auszusäen, den Rechtsinn des Volkes durch geistliche Sophistereien zu verwirren, und ihn an Mißachtung der Geseße, an Krawalle und Aufruhr zu gewöhnen; — wie sie die Befähigten gegen die Befähigten durch trügerische Hoffnungen und Vorpiegelungen aufbeßen; die grimmigen, taub- und zerschlagungsüchtigen Leidenschaften und Begehrlichkeiten der rohen, ungebildeten, und urtheilsunfähigen Menge fort und fort aufschauelt, alle arbeitstüchtigen und vollkommenen Subjekte, Tagelöhne und Tagelöhne zu vereinigen und aufzuwiegeln suchen; wie sie den Behörden auf jeden Schritt und Tritt in der Ausübung ihrer Pflicht und der Handhabung der Geseße durch maßlose Anfeindungen und ungerechte Beschuldigungen hemmend entgegen zu treten, und den Arm der Gerechtigkeit durch Androhung von Gewalt und Empörung zu lähmen suchen.

Es haben sich daher Männer aus verschiedenen Ständen und Gegenden des Landes vereinigt und es sich zur Aufgabe gemacht, mit aller Kraft und Entschiedenheit diesem verderblichen Treiben entgegen zu arbeiten, und zwar durch Gründung eines Organs unter dem Titel:

### „Die Biene.“

Die giftigen Pfeile der Schmutzblätter sollen nicht verwunden, im Gegentheil sollen sie uns dienen, die Schlechten zu entlarven, welche es versuchen, den urtheilsunfähigen Theil des Volkes und den braven, biedern Landmann zu betriegen.

Das zu erscheinende Blatt wird in einer ganz populären Sprache, für Jedermann verständlich, geschrieben seyn, und außer belehrenden Aufsätzen wird es eine Revue der Schandpresse, Charaktereigenschaften sogenannter Volksfreunde, so wie auch die neuesten Tagesereignisse in Kürze mittheilen, überhaupt eine acht gründliche, mit Satyre und Humor gewürzte Sprache führen.

Die Biene wird vom 1. Mai d. J. an mit Ausnahme des Montags täglich erscheinen, und das Abonnement beträgt ohne Postaufschlag

halbjährlich 48 Kreuzer.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen, und für Karlsruhe in der Hauptexpedition, Innerer Zirkel Nr. 8. Die Aufträge müssen baldigst gemacht werden, da bei Verspätung die bereits erschienenen Nummern nicht nachgeliefert werden.

### Die Redaktion der Biene.

70 Walter Korn,

35 „ Belschhorn,

und 800 Sester gute Sekretariesskla

öffentlich versteigert werden, wozu wir die Liebhaber einladen.

Großh. Gutsverwaltung.

B.502. [3]. Karlsruhe. (Kuhversteigerung.)

Nächsten Montag, den 23. d. M., Nachmittags 3 Uhr,

wird auf der großh. Domäne Stutenes

1 fetter Kuh

öffentlich versteigert werden, wozu wir die Liebhaber einladen.

Großh. Gutsverwaltung.

B.498. [3]. Nr. 12,654. Raßatt. (Vorla-

bung.)

J. S.

Michael Oberle von Illingen

gegen

Joseph Busch von da, setzt in Ame-

rika sich aufhaltend,

Forderung betr.

Beschluß.

Advokat Dentinger als Namens des Klägers

dahier vorgetragen, der Letztere habe nach einer im

Jahre 1835 g. stillen Pflanzung über das Vermö-

gen des Beklagten einen Rezeß von 670 fl. 49 Kr. an-

erkannt, und zu dessen Deckung später verschiedene

Zahlungen an denselben geleistet, nach einer inzwi-

schien gemachten Schlichtung habe sich aus ver-

schiedenen Umlagen ergeben, daß er statt der obigen

Summe den Betrag von 835 fl. 34 Kr. — somit

168 fl. 5 Kr. zu viel bezahlt habe, welche Summe sich

einschließlich der Zinsen von der zuletzt geschiedenen

Zahlung an auf 200 fl. 17 Kr. belaufe; er bitte daher

gemäß der R. N. S. 1235 und 1376 den Beklagten zur

Zahlung dieser Summe, nebst Verzugszinsen zu 5/10

vom Tage der Klage, zu verurtheilen.

Wir haben nun Tagfahrt zur Verhandlung anbe-

raumt auf

Mittwoch, den 9. Mai d. J.,

früh 9 Uhr,

wozu der J. abwesende Beflagte auf diesem Wege

mit dem Bemerken vorgeladen wird, daß bei seinem

Ausbleiben die Tatsachen der Klage für zugestanden,

und Schugreden für veräußert erklärt werden.

Raßatt, den 14. April 1849.

Großh. bad. Oberamt.

v. Wänter.

B.500. Nr. 7912. Bonndorf. (Schulden-

liquidation.) Gegen Benedikt Brutsch von

Zugelschatt haben wir unterm 8. März d. J. die Gant

erkannt, und zum Schuldnerstellungs- und Vor-

zugsverfahren Tagfahrt auf

Samstag, den 5. Mai d. J.,

früh 8 Uhr,

angeordnet.

Es werden deshalb alle Diejenigen, welche, aus

was immer für einem Grunde, Ansprüche an die Gant-

masse machen wollen, aufgefordert, solche in der an-

gesetzten Tagfahrt bei Vermeidung des Ausschlusses

von der Gant persönlich oder durch gehörig Bevoll-

mächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und

zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterprioritäts-

rechte zu bezeichnen, die geltend gemacht werden

wollen, mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisur-

kunden oder Anreitung des Beweises mit andern Be-

weismitteln.

In derselben Tagfahrt wird ein Massepfleger und

Gläubigergauschuß ernannt, und sollen Borg- und

Nachlassvergleiche versucht werden, wobei bemerkt

wird, daß die Nichterscheinenden als der Mehrheit der

Erschienenen beitreten angesehen werden.

Bonndorf, den 3. April 1849.

Großh. bad. Bezirksamt.

Sie b.

B.497. Nr. 8424. Karlsruhe. (Schulden-

liquidation.) Jakob und Wilhelm Schenker

von Eggenheim, welche bereits in Raßatt in Nord-

amerika ansässig sind, haben um nachträgliche Staats-

genehmigung zur Auswanderung gebeten.

Es wird deshalb Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf

Mittwoch, den 2. Mai d. J.,

Vormittags 9 Uhr,

anberaumt, in welcher allfällige Gläubiger ihre An-

sprüche geltend zu machen haben, widrigenfalls ihnen

nicht mehr zur Befriedigung verholpen werden könnte.

Karlsruhe, den 13. April 1849.

Großh. bad. Landamt.

V a u l y.

vd. Eich.

B.493. Nr. 9824. Sinsheim. (Strafer-

kennntniß.) Da die zur ordentlichen und außer-

ordentlichen Konfiskation gehörigen, hier unten ange-

führten Pflichten auf die öffentliche Verladung vom

6. Januar l. J., Nr. 496, sich bis jetzt nicht gestellt

haben, so werden dieselben der Refraktion für schuld-

ig erkannt, und neben dem Verluste des Dreieinwoh-

rechts und mit Vorbehalt der persönlichen Bestrafung

im Betreffungsfall in die gesetzliche Geldstrafe, welche

sich bei vereinigtem Vermögensanfall herausstellen

wird, verurtheilt.

Alterklasse 1827.

Boos-Nr. 14. Kasimir Sebastian Wild von Sins-

heim;

28. Johann Georg Graf von Hilsbach;

33. Jakob Kolb von Sinsheim;

62. Karl Adam Doll von da;

74. Johann Adam Kimmel von da;

75. Jakob Christian Vetter von Hilsbach;

76. Johann Karl Klinger von Steins-

furth;

91. Johann Jakob Geiger von Sinsheim;

110. Konrad Günter von Hilsbach;

111. Joh. Friedrich Körber von Sinsheim;

118. Johann Karl Hauser von Sinsheim;

52. Joh. Georg Götz von Waldangelloch;

53. Georg Philipp Doll von Roßbach;

61. Joh. Heinrich Götz von Grombach;

99. Karl Bogt von Abersbach.

Alterklasse 1828.

1. Joseph Wolfgang von Reichen;

13. Stephan Gemelin von Sinsheim;

18. Karl Friedrich Alexander Pepp von

Kirchardt;

43. Anton Hofmeister von Sinsheim;

60. Franz Friedrich Grimm von Sins-

heim;

75. Friedrich Wilhelm Schilling von

Steinsfurth;

107. Andreas von Kennen von Steins-

furth;

42. Konrad Peter Schmitt von Daisbach;

60. Emanuel Dieffenheimer von Rei-

denheim;

61. Ernst Senft von Abersbach;

80. Karl Frank von da.

Sinsheim, den 12. April 1849.

Großh. bad. Bezirksamt.

V o d e.

vd. Heilig.

B.469. [3]. Nr. 6491. Aelsheim. (Straf-

erkenntniß.)

Die ordentliche und außerordentliche

Konfiskation betreffend.

Nachgenannte Konfiskationspflichtige, welche sich

auf die diesseitige Anforderung vom 18. Dezember

1848, Nr. 19,675, nicht stellen, werden nunmehr der

Refraktion für schuldig erkannt, und vorbehaltlich ihrer

Bestrafung im Betreffungsfall in die gesetzliche Strafe

von 800 fl. und zur Tragung der Kosten verurtheilt.

1) Samson Dyppeheimer von Sinsheim;

2) August Sondheimer von Sinsheim;

3) Joseph Anton Müller von Hergenbach;

4) Johann Feinzeimann von Tollnaysdorf;

5) Levi Stern von Korb;

6) Jakob Strauß von Korb;

7) Liebmann Dyppeheimer von Eubigheim;

8) Johann Friedrich Heilig von Hosenberg;

9) Franz Michael Wagner von Heidersbach;

10) Franz Michael Emmert von Landenberg.

Aelsheim, den 7. April 1849.

Großh. bad. Bezirksamt.

L e e r s.

vd. Berner.

B.495. [3]. Nr. 7318. Baden. (Veräu-

merkungserkenntniß.)

In Sachen

der Sophie Alfermann, geborne

Schmidler in Baden,

gegen

ihren Ehemann Joh. Baptist Alfer-

mann alda,

Vermögensabsonderung betr.,

erget auf Anrufen des Gegentheils nach Ansicht P. D.

§. 653 ff.

Veräußerungserkenntniß.

Die Tatsachen der Klage sind für zugestanden und

alle Einreden für veräußert zu erklären, deshalb das

Vermögen der Klägerin von demjenigen ihres Ehe-

manns abzufondern, und die Klägerin in die freie

Verwaltung ihres Vermögens einzusetzen, unter Ver-

fällung des Beklagten in die Kosten.

B. R. B.

Baden, den 11. April 1849.

Großh. bad. Bezirksamt.

V i l l h a r z.

vd. Schneider.

M o t i v e.

Da der beklagte Theil in der angeordneten Tag-

fahrt seine Vernehmung nicht abgegeben hat, unge-

achtet er laut Vernehmung des Gerichtsboden vorge-

laden und in der Ladungsverfügung der geschiedene

Rechtsnachteil des §. 253 P. D. angebroht war;

Da ferner die Klage in Rechts gegündet ist,

§. 1443 ff., erget obiges Veräußerungserkenntniß,

in dem Schein der

B.411. [3]. Heidelberg. (Bekannt-

machung.) Michael Eppinger von Peterstal soll

in einer dahier anhängigen Untersuchung als Zeuge

vernommen werden.

Da sein Aufenthaltsort unbekannt ist, ersuchen wir

alle Behörden, uns im Betreffungsfall den Wohnort

des Zeugen bekannt zu machen.

Heidelberg, den 7. April 1849.

Großh. bad. Oberamt.

v. P r e c n.

vd. Graf.

B.333. [3]. Nr. 3685. Wolfach. (Bekannt-

machung.) Der ledige Anton Feigmann von

Kinzigthal erbt in der Person des Gemeindegewer-

meisters Mathias Schorn von